Online-Forenreihe 2025 Vielfalt stärken, Heterogenität gestalten

Von der Hilfsschule zur inklusiven Beschulung

Ambivalenz der Spezialisierung

22.10.2025

Prof. Dr. Vera Moser

Kathrin und Stefan Quandt Stiftungsprofessur für Inklusionsforschung Goethe Universität Frankfurt



Historische Entwicklung der Beschulung von Kindern mit ,Behinderungen' in Deutschland

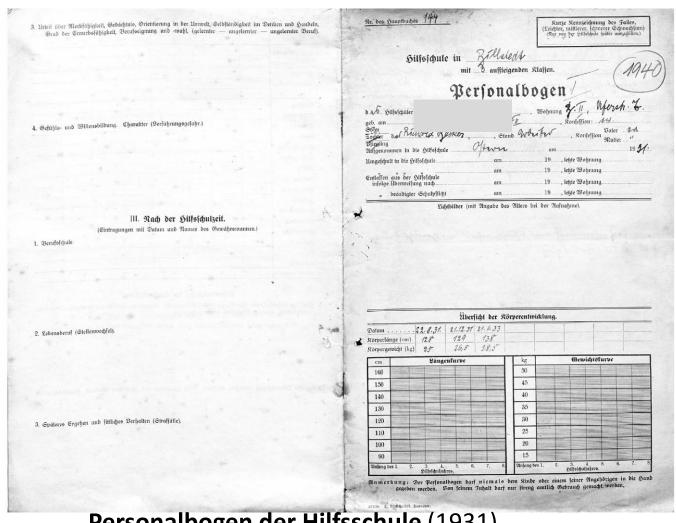
- Aufbau spezialisierter Anstaltsfürsorge im 19. Jh. für sog. Taubstumme (1891: 95), Blinde (1900: 31) und 'Idioten' (1904: 100) und 'Krüppel' (1896: 10) sowie 'Verwahrloste'
- Entstehung der Hilfsschule im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entlang der Kategorie "Schwachsinn"
 - 1893: in 32 Städten 110 Hilfsschulklassen für ca. 2.290 SuS
 - 1900: in 90 Städten 989 Hilfsschulklassen für ca. 8.000 SuS

→ Gesellschaftlicher Kontext:

- Einführung öffentlicher Schulaufsicht und Durchsetzung Schulbesuchspflicht
- kommunale Schulbauten im Industrialisierungsprozess
- Hilfsschullehrer als neue ,Experten' (Gründung Verband der Hilfsschullehrer Deutschlands 1898)
- statische Erhebungen zur Prävalenzen von "Schwachsinn"

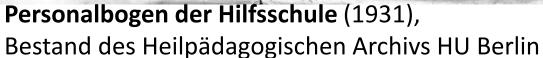


1. Historische Entwicklung der Beschulung von Kindern mit 'Behinderungen' in Deutschland



Personalbögen formalisierten die Bestimmung des Hilfsschülers

(vgl. Garz 2022)





1. Historische Entwicklung der Beschulung von Kindern mit 'Behinderungen' in Deutschland

Weimarer Grundschulgesetz von 1920

Keine schulrechtliche Verankerung der Hilfsschule

§ 5: Grundschulgesetz findet keine Anwendung auf: "den Unterricht und die Erziehung blinder, taubstummer, schwerhöriger, sprachleidender, schwachsinniger, krankhaft veranlagter, sittlich gefährdeter oder verkrüppelter Kinder sowie auf die dem Unterricht und der Erziehung dieser Kinder bestimmten Anstalten und Schulen"

Reichschulpflichtgesetz von 1938

regelt erstmals Hilfs- und Sonderschulen schulgesetzlich

§ 6: (1) Für Kinder, die wegen geistiger Schwäche oder wegen körperlicher Mängel dem allgemeinen Bildungsweg der Volksschule nicht oder nicht mit genügendem Erfolge zu folgen vermögen, besteht die Pflicht zum Besuch der für sie geeigneten Sonderschulen oder des für sie geeigneten Sonderunterrichts (Hilfsschulen, Schulen für Krüppel, Blinde, Taubstumme u.ä.). (Gültigkeit bis in die 1960er Jahre der BRD)

Ausführungsbestimmung vom 7.3.1939 sieht Befreiung von Schulpflicht für "Bildungsunfähige" vor

Ca. 350.000 Menschen mit Behinderungen wurden Opfer der Euthanasieverbrechen, ca. 350.000 Menschen wurden im Zuge des Gesetzes zur Verhütung Erbranken Nachwuchses von 1934 sterilisiert

2. Bildungspolitische Debatten der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik

Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen 1953-1965

diskutiert das Sonderschulwesen ambivalent – auch die Befreiung der Schulpflicht für 'Bildungsunfähige',

Hilfsschule wird als Teil des Volksschulwesens gesehen, andere Typen unklar, Ausbildung als Weiterqualifikation vorgesehen, insgesamt sei das Sonderschulwesen ein "solches Gestrüpp, dass bei Zuziehung von Spezialisten ausserordentliche Konflikte" zu erwarten seien (Blatt 71).

(Quelle: Archiv: DIPF Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung – Archiv: Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen. Plenarsitzungen, 38./39. Tagung 1959 177 Blatt (DA 16))

2. Bildungspolitische Debatten der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik

KMK-Gutachten zur Neuordnung des Sonderschulwesens (1960)

- Blindenschule
- Sehbehindertenschule
- Gehörlosenschule
- Schwerhörigenschule
- Sprachheilschule
- Körperbehindertenschule

- Krankenschule und Hausunterricht
- Hilfsschule
- Beobachtungsschule
- Erziehungsschwierigenschule
- Schule im Strafvollzug
- Sonderberufsschule
- Heilpädagogischer Lebenskreis



2. Bildungspolitische Debatten in der Zeit der Bildungsreform in der Bundesrepublik

Deutscher Bildungsrat (1966-1975)

veröffentlicht 1973 ,Empfehlungen zur pädagogischen Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher'

Die "Integration Behinderter in die Gesellschaft [ist] eine der vordringlichen Aufgaben des demokratischen Staates. (...) denn eine schulische Aussonderung bringt die Gefahr der Desintegration im Erwachsenenleben mit sich."

(Empfehlung der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates 1973, 16)



KMK Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland von 1994

- regelt erstmals Legitimität integrativer Beschulung
- Begriffswechsel von Sonderschulbedürftigkeit zu sonderpädagogischem Förderbedarf



Tab. 103: Sonderschulen, Sonderschülerinnen und -schüler, Sonderschulquote und Schulgröße, Klassengröße sowie Klassen je Schule 1952 bis 2012 auf Bundesebene (ab 1991: westdeutsche Bundesländer)

Jahr	Anzahl an Sonder- schulen	Sonderschülerinnen und -schüler			Schulgröße im Ø	Klassengröße im Ø	Klassen je Schule im Ø
		absolut	in %		III Ø	III Ø	Schule III Ø
1952	915	112.516	1,60		123	X	X
1958	1.118	119.407	1,87	П	107	20,9	5,1
1964	1.374	170.583	2,41	П	124	18,8	6,6
1970	2.381	322.037	3,61		135	16,8	8,0
1976	2.705	398.176	3,97	П	147	13,9	10,6
1982	2.820	319.254	3,81		113	11,4	9,9
1988	2.770	247.965	3,76	П	90	9,8	9,2
1994	2.612	275.413	4,33		105	10,2	10,3
2000	2.619	313.309	4,31	П	120	10,6	11,3
2006	2.681	324.662	4,52		121	10,1	11,9
2012	2.602	288.151	4,61	L	111	9,7	11,4

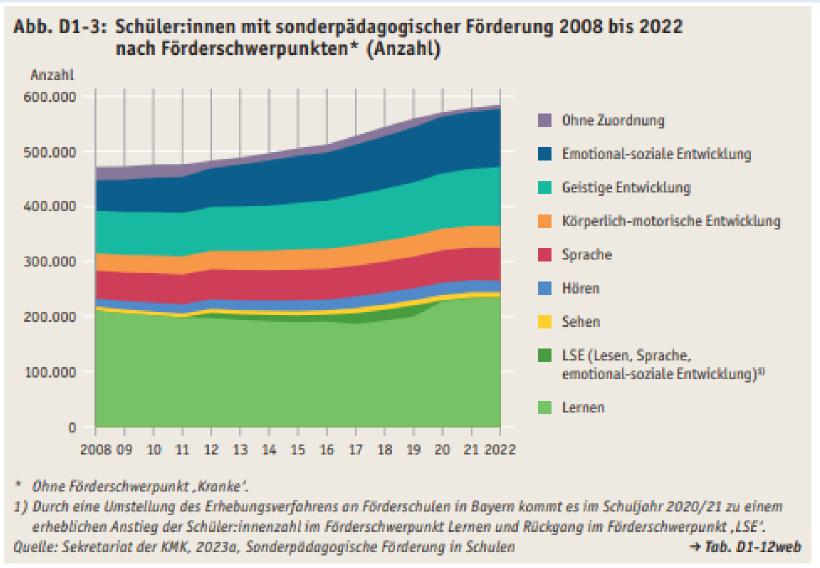
Nachrichtlich 2014: 2.492 Sonderschulen, die Sonderschulquote lag bei 4,50%; 2016: 2.305 Sonderschulen, die Sonderschulquote lag bei 4,28% (siehe Kapitel 5).

Förderquote 2024: 7,8 %

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik

Inkrafttreten UN-BRK 2009







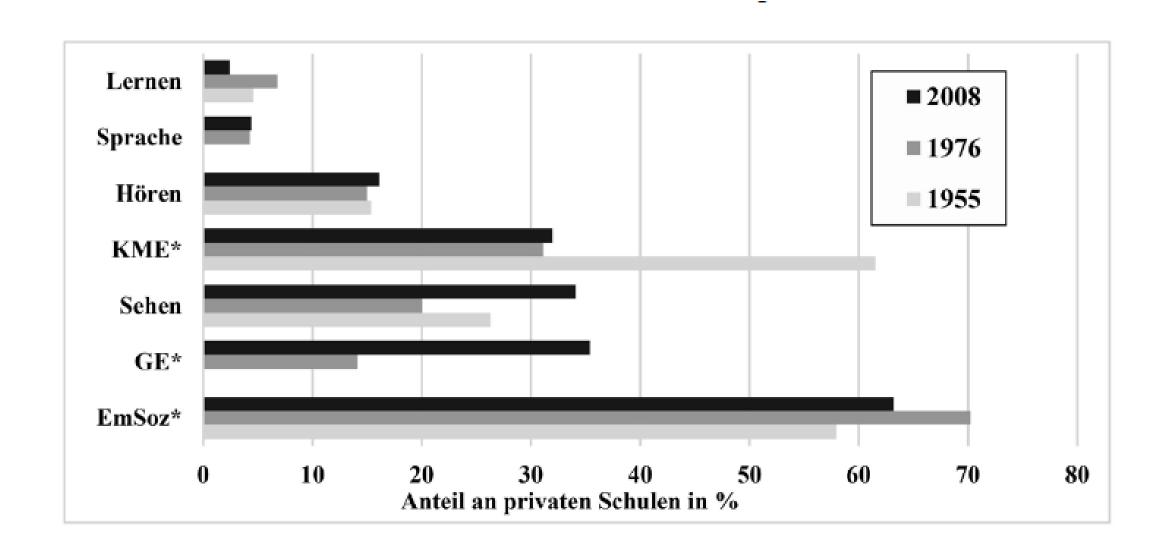


Tabelle 5 Abgänger/Absolventen mit sonderpädagogischer Förderung in Förderschulen nach Abschlussqualifikationen 2018

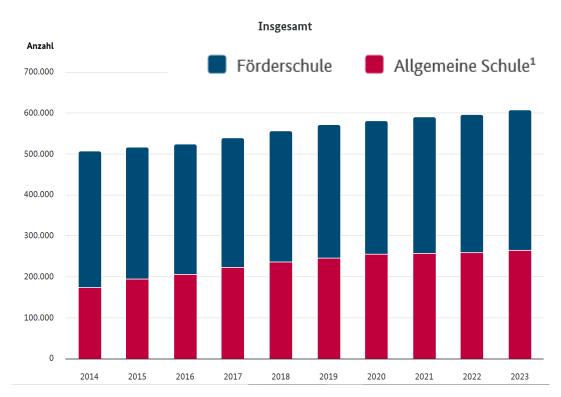
Förderschwerpunkt	Abgänger/ Absolventen	Verteilung in %	
Abgänger/Absolventen insgesamt	32.952	100,0	
Davon:			
- ohne Hauptschulabschluss	23.765	72,1	
davon mit Förderschwerpunkt Lernen	12.174	36,9	
davon mit sonstigen Förderschwerpunkten	11.591	35,2	
- mit Hauptschulabschluss	7.742	23,5	
- mit mittlerem Abschluss	1.354	4,1	
- mit Fachhochschulreife	-	-	
- mit Hochschulreife	91	0,3	

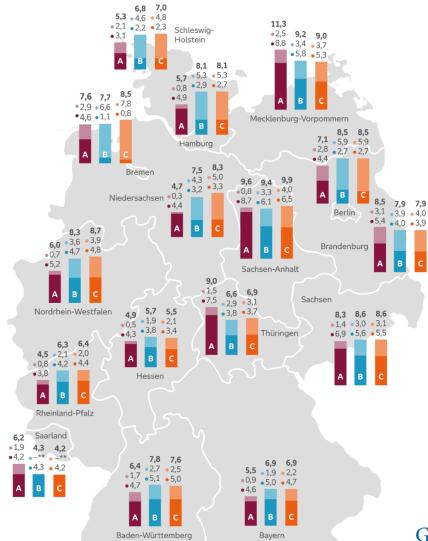
Quelle: KMK (2020): Dok. 223; Sonderpädagogische Förderung in Schulen 2009-2018

4. Entwicklung der inklusiven Beschulung in der Bundesrepublik

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Förderschulen und allgemeinen Schulen nach Förderschwerpunkten







Quellen: Datenportal BMBF

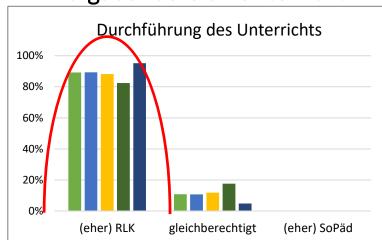
Aktion Mensch, A= 2008/09 B= 2018/19, C= 2020/21

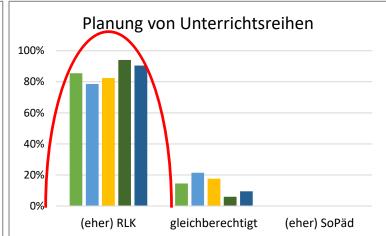


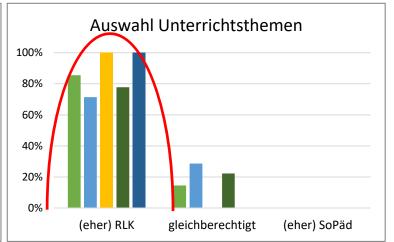
4. Entwicklung der inklusiven Beschulung in der Bundesrepublik

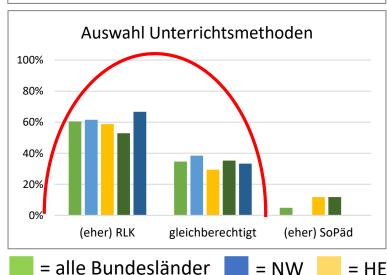
Forschungsbefunde zur Aufgabenverteilung zwischen Regelschul- und förderpädagogischen Lehrkräften mit Verweis auf Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma (FoLiS-Studie, Wolf et al. 2022)

Aufgabenbereich Unterricht

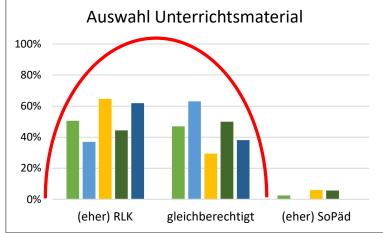




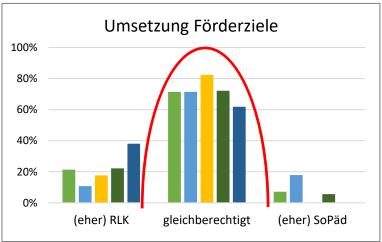




= NW



= MV



RLK = Regelschullehrkraft, SoPäd = förderpäd. Lehrkraft Regelschullehrkraft,

Bildungspolitische Empfehlungen BMBF Förderlinie Förderbezogene Diagnostik in der inklusiven Bildung 2025

- Forschungsgruppe FePrax (FKZ: 01NV2106): Prof. Dr. Vera Moser (GU Frankfurt), Prof. Dr. Marcus Hasselhorn (DIPF), Dr. Benjamin Haas (GU Frankfurt), Dr. Elena Galeano Weber(DIPF), Dr. Ellen Brodesser (HU Berlin), Monique Rettschlag (HU Berlin), Rebecca Aissa (DIPF)
- Forschungsgruppe InDiVers (FKZ: 01NV2101): Prof. Dr. Julia Gasterstädt (Uni Münster), Prof. Dr. Katja Adl-Amini (TU Darmstadt), Dr. Sylvie Borel (Uni Köln), Anna Kistner (Uni Kassel)
- Forschungsgruppe InDiD (FKZ: 01NV2119): Prof. Dr. Bettina Amrhein (Uni Duisburg-Essen), Dr. Benjamin Badstieber (Uni Duisburg-Essen), Malte Thiede (Uni Duisburg-Essen)
- Forschungsgruppe DiaGu (FKZ: 01ŇV2111): Prof. Dr. Marcèl Veber (RPTU Kaisérslautern-Landau), Prof. Dr. Silvia Greiten (PH Heidelberg), Prof. Dr. Silke Trumpa (Hochschule Fulda)
- Leitung des Metavorhabens Inklusive Bildung: Prof. Dr. Dieter Katzenbach (GU Frankfurt), Prof. Dr. Michael Urban (GU Frankfurt)
- 1. Aufnahme des Rechtsbegriffs "angemessener Vorkehrungen" (UN-BRK, Art. 24 (2) c, d, e) in die Schulgesetze aller Länder
- 2. Fokus auf schulische Barrieren statt auf individuelle Defizite
- 3. Prozessbegleitende an Lerninhalten orientierte Diagnostik
- 4. Einbezug der Perspektive der Schüler:innen in diagnostische Prozesse
- 5. Aufbau und Stärkung der Elternberatung
- 6. Systemische Ressourcenzuweisung



Ich danke für die Aufmerksamkeit

V.Moser@em.uni-frankfurt.de

